

Egon Bahr

Ostwärts und nichts vergessen!

Kooperation statt Konfrontation



Egon Bahr
Ostwärts und nichts vergessen!

Egon Bahr

Ostwärts und nichts vergessen!

Kooperation statt Konfrontation

Herausgegeben und bearbeitet von Dietlind Klemm

VSA: Verlag Hamburg

Dank an Sven Haarmann von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Titelfoto: Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 in Berlin
(Foto Wolfgang Kumm, dpa)

Rückseite: Mit Willy Brandt 1961 im »Office of German Affairs«
des US-amerikanischen Außenministeriums (Foto: Privatarchiv Egon Bahr)
Vordere Klappe: Mit Adelheid Bahr beim Lang-Lang-Konzert im Oktober 2009
in der Russischen Botschaft Berlin (Foto: Privatarchiv Egon Bahr)

Die Fotos im Bildteil stammen zum großen Teil aus dem Privatarchiv
von Egon Bahr. Nicht alle Bildrechte konnten ermittelt werden.

Das Urheberrecht wird ausdrücklich anerkannt.

dpa: 134 u., 138 o., 139 u., 140 u., 142 o./u., 143 o.

Landesbildstelle Berlin: 131 o., 134 o.

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin	7
---------------------------------	---

Persönliches – Politisches

Den Krieg überleben als JM II	10
Die Deutschen nach dem Krieg	15
Von Wiedervereinigung keine Rede	17
Als Journalist unter Besatzern	18
Berlin – eine Stadt im Ausnahmezustand	20
Der 17. Juni 1953	23
Eine außergewöhnliche Begegnung	26
Der Mauerbau 1961 – der Status quo Berlins wird zementiert	28
Passierscheine als Probe	30
Ohne Washington ging nichts	32

Wandel durch Annäherung

Veränderungen beginnen im Kopf	36
Im Planungsstab des Auswärtigen Amtes	38
Der Weg nach Osten – erste Annäherungen	38
Russland: ein Buch mit sieben Siegeln	41
Offene Fragen und Ringen um Grundpositionen	45
Ein historischer Moment	48
Polen – eine unerwiderte Neigung	49

Die Ostverträge und die Folgen

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin	58
Das Transitabkommen	59
Höhepunkte und Abschied von der sozialliberalen Macht	60
Auf dem Weg zur europäischen Sicherheit: Helsinki	67
Die Palme-Kommission und meine Begegnung mit Michail Gorbatschow	68

Der lange Weg zur Einheit

Warum ist die DDR wirtschaftlich nicht zusammengebrochen?	74
Der 9. November 1989	76
Wer hat von der Einheit profitiert?	79
Wie sollen wir mit der DDR-Hinterlassenschaft umgehen?	82
Blicke ich auf Deutschland...	84
Deutschlands neue Rolle	85

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Wir haben hier das Sagen – die Macht der Sowjetunion	88
Das atomare Schwert scharf halten	90
Ein besieгtes Land hat nichts zu fordern	92

Sozial-Demokratisches

Mein Weg in die Partei	98
Meine Freundschaft zu Willy Brandt	101
Die Troika Brandt–Wehner–Schmidt	105
Zur Rolle der SPD in Europa	109
55 Jahre in der Partei	111
Der Führungsanspruch	114

Die großen Fragen im 21. Jahrhundert

Was wir vor 100 Jahren noch nicht wussten	116
Das Internet als »Atom des 21. Jahrhunderts«	117
Der europäische Traum	118
Wann wird Europa mit einer Stimme sprechen?	121
Die Europäische Chance	124
»Wandel durch Annäherung« – noch aktuell?	125
Mein persönlicher Ausblick	127
 Fotos	129
Anhang (Dokumente)	145

Vorwort der Herausgeberin

Natürlich ist es dreist, den Refrain des Solidaritätsliedes »Vorwärts, und nicht vergessen...« von Bertolt Brecht in den Titel »Ostwärts und nichts vergessen!« umzuwandeln. Aber Egon Bahr mochte den Titel spontan, wahrscheinlich dachte er: Der Brecht war ja doch ein doller Typ, auch wenn er Kommunist war...

Damit wären wir gleich bei einer grundlegenden Fähigkeit von Egon Bahr: über den Tag hinaus perspektivisch und strategisch denken zu können, den langen Atem zu bewahren.

Er ist kein Kommunistenhasser, aber er hatte schon 1957 bei seiner Antrittsrede als SPD-Parteineuling in Berlin die Erkenntnis: »Der Kommunismus ist keine Gefahr mehr, er hat sich durch seine Widersprüche zwischen Dogma und Wirklichkeit selbst entmachtet.«

Er ist ein Patriot, einer, der fest an die Wiedervereinigung glaubte, auch wenn er sich nicht vorstellen konnte, sie noch zu erleben. Wenn man zurückschaut in die Jahre nach dem Krieg, wie aus dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 und dem Bau der Mauer 1961 das Konzept der Ostpolitik »Wandel durch Annäherung« entstand, dann kann man nur staunen: Hier haben zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Leute mit einer richtigen Idee zusammengefunden.

Die Begegnung Egon Bahrs mit Willy Brandt kann man getrost als Glücksschlag der Geschichte bezeichnen. Beide waren überzeugt: In Richtung Sowjetunion, Polen und der DDR müssen neue Konzepte entwickelt werden, denn die Bonner Politik unnachgiebiger Grundsatzpositionen war buchstäblich gegen die Wand gefahren.

Das war ein mehrfacher Tabubruch: Ein nicht souveränes Land macht Anstalten, seine Ostpolitik selber in die Hand zu nehmen, mitten im »Kalten Krieg«, in den Zeiten von Wiedervereinigungsgerede ohne Wiedervereinigungswillen und Abhängigkeit Deutschlands von den Siegermächten. Im Deutschland der 1960er Jahre war undenkbar, ja geradezu obszön, was Willy Brandt und Egon Bahr vorhatten: Man muss das Trennende zum Osten hin überwinden und das Gemeinsame suchen, »ohne zu wissen, wann und wie es erreichbar war« (Bahr).

»Wandel durch Annäherung« wurde eine Methodik, sich dem zu zuwenden, von dem ich etwas will, um etwas zu erreichen – in diesem Fall der Sowjetunion. Voraussetzung war, Interesse und Bereitschaft zu wecken, gemeinsame Lösungen zu finden. Egon Bahr wird immer wieder gefragt, ob diese Methodik denn auch heute noch Bestand habe. Er ist vorsichtig: in Europa ja, »auf den Rest der Welt ist das Rezept nicht automatisch übertragbar.«

Die Verhandlungen mit der Sowjetunion bauten auf das System der »back channels«, einer ursprünglich amerikanischen Einrichtung von informellen Kanälen mit Moskau. Dass politische Verhandlungen fast gänzlich auf Verschwiegenheit und Diskretion, im Vertrauen auf das gesprochene Wort und in mündlich getroffene Abmachungen bauen, ist in unserer geschwätzigen Parlaments- und Medienwelt fast unvorstellbar.

Es ist heute auch unvorstellbar, dass sich ein Politiker als »Diener seines Staates« definiert. Egon Bahr tut es. Ohne Pathos.

Zwei unerfüllte Träume bleiben für den 90-Jährigen: Ein politisch geeintes Europa und ein gesicherter globaler Frieden. Für jemanden, der weit über 50 Jahre einen wachen Blick auf das politische Geschehen hat, ist es unerheblich, wann diese Träume in Erfüllung gehen, so lange das Ziel im Blick bleibt.

Ich hatte Gelegenheit, Egon Bahr im Rahmen eines fünftägigen Seminars im Château d'Orion im Südwesten Frankreichs zu erleben. Fünf Tage lang gab er einem kleinen Kreis von Gästen Einblicke in sein Leben. Welch ein Luxus an Zeit – auch für ihn, dem meist »Vortrag plus 10 Fragen« an einem einzelnen Abend gegönnt sind. Die Themen der Woche in Frankreich sind Leitfaden für das Buch geworden.

Zuletzt noch mein persönlicher Dank als Herausgeberin, weil ich nicht nur Egon Bahrs scharfen Sachverstand, seinen Humor, seine herrliche Schroffheit und seine Sensibilität kennenlernen durfte. Mein Dank gilt auch seiner Nachsicht unser aller »Geschichtsvergessenheit« gegenüber, seiner Rücksicht, niemals persönlich Verletzendes über politische Kontrahenten zu sagen, und seiner Absicht, keinen falschen Zungenschlag in sein Selbstzeugnis zu bringen.

Dietlind Klemm, München, im Februar 2012

Die großen Fragen im 21. Jahrhundert

Was wir vor 100 Jahren noch nicht wussten

Wer sich vor hundert Jahren vorgenommen hätte, die großen Fragen des frischen 20. Jahrhunderts zu analysieren, wäre vielleicht von dem erstaunlicherweise wenig beachteten Faktum ausgegangen, dass die Wirtschaftskraft der USA schon größer als die aller etablierten europäischen Großmächte geworden war. Die Phantasie hätte wahrscheinlich nicht ausgereicht, das Ende des Zarenreichs zu prophezeien und sich die blutige Gründung der Sowjetunion und noch weniger ihr Ende vorzustellen. Der Kalte Krieg, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hat, war unvorstellbar, ebenso das Ende des Kolonialismus.

Rundfunk und Fernsehen, die Spaltung des Atoms zum Zwecke der Energieerzeugung und zur Entwicklung revolutionärer Waffen, Satelliten im nahen Weltraum, die Landung auf dem Mond, der Computer, das Internet und das Handy – diese und andere Ergebnisse einer Explosion des Wissens waren nicht einmal zu ahnen.

Alles spricht dafür, dass die Geschwindigkeit, mit der die Menschheit neues Wissen gewinnt, nicht nachlässt, sondern eher zunimmt, vor allem auf den Gebieten der Physik, Chemie und Biologie. Wenig spricht dafür, dass die Menschheit ihre Uraltinstinkte so weit beherrscht, dass diese Entwicklung beherrschbar bleibt. Alles spricht für die Behauptung der Naturwissenschaftler, dass die Summe des Nichtwissens größer ist als die imponierende Summe des bereits erreichten Wissensstandes.

Der Mensch wird weiter forschen und den atemberaubenden Qualitätssprung wagen, den Menschen und die Natur zu verändern, Irrtümer der Evolution zu korrigieren. Es mag spannend werden zu verfolgen, was passiert, wenn Korrekturen sich als Fehler erweisen. Kann man dann die Reparaturen reparieren? Es kann zur größten Herausforderung des Jahrhunderts werden, ob die Menschheit zur Selbstkontrolle dessen fähig ist, was wissenschaftlich möglich wird, um ihre Selbsterhaltung zu garantieren.

Das Internet als »Atom des 21. Jahrhunderts«

Das grenzenlose Internet ist zum Atom des 21. Jahrhunderts geworden und bisher nicht »kontrollierbar«. Es kann unser tägliches Leben bis zu einem Punkt erleichtern, an dem wir es nicht mehr entbehren wollen. Es ist aber auch ein Mittel globaler Kommunikation geworden.

Die Revolutionen in der arabischen Welt waren gestützt und begleitet durch das Internet, die junge Generation wurde auf diesem Weg ermutigt, gegen Verkrustungen und Ungerechtigkeiten ihrer Gesellschaften zu rebellieren. In Amerika mündete die Internet-Rebellion in die Forderung, die Wallstreet zu erobern. Die deutsche »Occupy«-Bewegung ist klein, aber Sprecher des Deutschen Bankenverbandes räumten bereits »zu viele Fehler« ein, fürchten inzwischen den »Umschlag zum Misstrauen in die Marktwirtschaft« und müssen die Mahnung des Staates ertragen, »zu einer anständigen Grundgesinnung« zurückzukehren.

Erleben wir einen Prozess, durch den der Kapitalismus seine Reformfähigkeit erweist? Wird der Skandal, den ein amerikanischer Beobachter anprangert, dass eine neue Eigenschaft des iPhone diskutiert wird, während gleichzeitig die Brücken verrotten, zu einer Umkehr führen? Das Internet hat das tägliche Leben bequemer und angenehmer gemacht. Erst langsam wird bewusst, dass es der Kriminalität neue Chancen eröffnet, dass Missbräuche von keinem Staat kontrolliert werden können.

Wir können nicht verhindern, dass das Internet für kriegerische Zwecke missbraucht wird. Das nennen wir dann Cyber-War. Beispiele dafür gibt es bereits: Russland hat dieses Mittel für zwei oder drei Tage gegenüber Estland benutzt; Amerika und/oder Israel haben es benutzt, um Computer im Iran zu infizieren und das Atomprogramm um vier bis fünf Jahre zurückzuwerfen.

Ich nenne das Internet das »Atom des 21. Jahrhunderts«, weil es gleichermaßen unbeherrschbar ist. Schon bei der Entwicklung des Atoms wurde sichtbar: Bis heute wissen wir nicht, wie wir z.B. mit den strahlenden Rückständen fertig werden. Der Mensch hat eine Technik geschaffen, die er bisher weder im zivilen noch im militärischen Bereich beherrschen kann. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Im positiven Fall handelt es sich um ein Mittel, so wirksam, dass es die Abschaffung aller Atomwaffen ermöglicht, weil es wirksamere Mittel gibt,

um Macht auszuüben, mit der Hoffnung, Konflikte wieder gewinnen zu können. Das ist aber zugleich die negative Seite.

Denn alle Probleme, die uns überschaubar mindestens bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts begleiten werden, sind global: Rohstoff- und Energieknappheit, Klimaveränderung, Zunahme der Weltbevölkerung, Armut und soziale Ungleichheit. Vernunft und Logik drängen, sie durch Zusammenarbeit zu lösen, sie mindestens durch globale Regeln und regionale Vereinbarungen, also kooperativ beherrschbar zu machen. Jedenfalls nicht konfrontativ. Wir können nur hoffen, dass der Kern der europäischen Idee, die Macht dem Recht unterzuordnen, sich durchsetzt.

Der europäische Traum

Die europäische Bewegung ist durch einen genialen Franzosen zustande gekommen, Jean Monnet.¹ Der kam nach einer längeren Emigration nach Amerika mit der Idee zurück, man sollte die schwer getroffenen, lädierten Resteuropäer zu einer Zusammenarbeit bringen, die auf dem Prinzip basiert: Aufgabe von nationalen Wirtschaftsrechten zugunsten der Rechte einer europäischen Organisation. Das traf sich mit der Verteidigungssituation, nämlich der Bildung der NATO zur Verteidigung gegen den konventionell überlegenen Osten. Monnet argumentierte, dass die Menschen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg nur dann bereit zu einer Verteidigung sein würden, wenn im zivilen Leben ihr Lebensstandard erkennbar steigt. Deshalb müssten wir erst eine wirtschaftliche Vereinigung bilden, die sichtbare Fortschritte bei gleichzeitiger Aufgabe von Souveränitätsrechten zugunsten einer Gemeinschaft erzielt. Monnet begann mit dem Kern der damaligen Wirtschaftskraft: Kohle und Stahl.

¹ Jean Monnet (1888-1979) war 1919-1923 stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes, 1950-1952 Präsident der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, 1952-1955 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion.

Und 1950 wurde die erste europäische Gemeinschaftsorganisation entwickelt, nach dem französischen Außenminister Robert Schuman² »Schuman-Plan« genannt. Mit der Perspektive, das zu erweitern.

Die Strategie war in ganz Europa überparteilich. Monnet war in allen Ländern willkommen, hat im Grunde überall überparteiliche Zustimmung und Unterstützung gefunden. Das wurde in dem Augenblick kompliziert, in dem man zu dem Ergebnis kam, wir können Europa nicht ohne die Deutschen verteidigen. Also war die Frage nach der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gestellt.

Ich weiß nicht mehr, wer die Idee hatte, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu entwickeln. Die EVG sollte eine europäische Armee der sechs Gründungsstaaten der EWG schaffen – voll integriert, verteidigungsfähig und selbstständig agierend – selbstverständlich unter dem Oberbefehl der Amerikaner. Adenauer war davon überzeugt, dass das machbar wäre. Andere waren überzeugt, dass die Franzosen da nicht mitmachen. Ich hatte zufällig Gelegenheit, 1954 die französische Debatte im Parlament zu verfolgen. Es waren die Sozialisten, die es so auf den Punkt brachten: Wir fühlen uns jetzt sicher, wir brauchen keine Armee. Aber wenn wir in eine Situation geraten sollten, die Söhne Frankreichs wieder zu den Waffen rufen zu müssen, dann werden sie bereit sein, für Frankreich zu sterben, aber nicht für Europa. Das war das entscheidende Argument dafür, dass die französische Nationalversammlung die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ablehnte und dem Antrag irgendeines Generals von der Rechten zustimmte, das ganze Projekt von der Tagesordnung zu nehmen. Das muss man sich einmal vorstellen: Ein Geschäftsordnungsantrag erledigte die europäische Verteidigungsgemeinschaft! Das war tragisch. Wenn man damals der EVG zugestimmt hätte, gäbe es heute längst ein geeintes Europa mit einer selbstständig handelnden Verteidigungseinheit.

² Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman (1886-1963), 1946 französischer Finanzminister, 1947 Ministerpräsident von Frankreich. Am 9. Mai 1950 veröffentlichte Schuman die histoprische Erklärung für die Neukonstruktion Europas. Seine Idee einer Europäischen Gemeinschaft fand in Frankreich zu der Zeit keine Resonanz, sodass er sein Amt niederlegen musste. Schuman gilt als Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung.

Nun gab es gar keinen anderen Weg, als die Bundesrepublik direkt in die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) aufzunehmen. Denn die deutschen Soldaten wurden gebraucht. Aber es mussten erst die Bedingungen für die Aufnahme der Deutschen in die NATO geklärt werden; nach dem Vertrag wurden sie gleichberechtigt, aber praktisch sollten sie es eben nicht sein. Dafür wurde das Konstrukt der Westeuropäischen Union (WEU) erfunden. Die legte die Bedingungen, unter denen Deutschland in die NATO kommen würde, fest – sprich: geringere Rechte und Kontrollierbarkeit unter Einschluss Englands. Dies ist der einzige Fall nach dem Krieg, in dem sich England an den Kontinent und sein Schicksal gebunden hat. Das war für Frankreich wichtig, denn die Franzosen wollten mit den neu zu bewaffnenden Deutschen nicht alleine sein. Das blieb so bis zum Juni 2011: Nach 56 Jahren wurde die WEU aufgelöst. Das war längst überfällig. Damit war Großbritannien wieder herausgelöst aus der unwiderruflichen Bindung an den Kontinent.

Als im Mai 1949 das Grundgesetz in Kraft trat, hat man keine Sekunde daran gedacht, dass man die Deutschen militärisch einmal brauchen würde. Wir hatten auch gar keine Lust. Als man die Bundeswehr aufbaute, weil der Westen sie brauchte, hat man überlegt: Wir bauen eine Armee auf, die ausschließlich zu Verteidigungszwecken da ist. Sie soll also nur funktionieren, wenn Deutschland oder der Westen angegriffen wird.

Das war selbstverständlich akzeptabel. Aber die Amerikaner sagten, doppelt genäht hält besser, und haben eine Zusatzklausel gewünscht: nicht nur ausschließlich im Verteidigungsfall, sondern auch nicht zur Unterstützung eines Angriffskrieges. Die deutsche Antwort: Selbstverständlich, wir wollen ja nicht angreifen. Wir konnten uns auch nicht vorstellen, dass die USA einen Angriffskrieg führen würden: Jugoslawien, Afghanistan und Irak. So steht es jetzt in unserer Verfassung und schafft Interpretationsprobleme, weil die Bundeswehr eigentlich nicht einsatzfähig ist in einem Krieg, den die Amerikaner beginnen und den wir als Angriffskrieg definieren *müssen*, weil es ohne UN-Mandat passt. Die einzige Organisation der Welt, die eine Ermächtigung zu einer kriegerischen Handlung geben kann, sind die Vereinten Nationen. Die deutsche Bundeswehr steht nur zur Verfügung für den Fall eines Mandats der Vereinten Nationen.

Wann wird Europa mit einer Stimme sprechen?

Die Deutschen waren die einzigen, die Europa wirklich wollten. Wir hatten unsere Vergangenheit und haben gehofft, die Verbrechen der nationalen, nationalistischen Vergangenheit im rettenden Hafen Europas loswerden zu können. Wir wollten wirklich die volle Integration Europas. Wir mussten aber feststellen, dass wir allein dastanden. Die Erklärung ist ganz einfach: Keiner unserer westlichen Nachbarn, die alte Sechsergemeinschaft der EWG, hatte mit seiner Nation und der Idee der Nation negative Erfahrungen gemacht, sie fühlten sich in ihrer nationalen Identität sehr gut aufgehoben. Die Deutschen wirkten fast komisch, als Außenminister Joschka Fischer einen letzten Versuch unternahm und das Konzept eines föderierten Europas entwickelte. Ergebnis: Unter den 24 Mitgliedern blieben die Deutschen allein. Alle anderen haben »Nein« gesagt und darauf bestanden, Europa im Nebeneinander der Nationalstaaten zu entwickeln. Daraufhin sind wir eingeschwenkt. Auch die Bundesrepublik Deutschland erstrebt jetzt ein Nebeneinander der Nationalstaaten in Europa. Dabei haben wir noch nicht einmal eine nationale Identität wie die anderen und noch nicht einmal öffentlich diskutiert, welche Rolle das vereinte Deutschland in der europäischen Entwicklung spielen soll.

Nicht weniger kompliziert ist die Stellung Großbritanniens. Seit sechs Jahrzehnten beobachte ich mit wachsender Bewunderung die Fähigkeit der britischen Regierungen, der konservativen wie der von Labour, die Integration zu behindern. Großbritannien sprang auf den Zug auf, wenn der sich in Bewegung gesetzt hatte, um ihn besser bremsen zu können.

Zu diesem Zweck ging es sogar in die Brüsseler Behörde. Gleichzeitig waren die britischen Regierungen immer für die Erweiterung der Mitgliedstaaten. Das ist bis zum heutigen Tage so geblieben. England wusste, dass es mit jedem neuen Mitglied schwerer wurde, das Ganze zu regieren. London hat damit einen gemeinsamen Markt geschaffen und hat die politische Handlungsfähigkeit, insbesondere als die osteuropäischen Staaten hinzukamen, wirksam erschwert. Denn: Die Einmütigkeit war die Voraussetzung jeder Entscheidung. Der Ruf nach einer Verfassung brachte eine Konstruktion in Lissabon hervor, die natür-

lich nicht Verfassung genannt werden durfte und die ja auch fast gescheitert ist.

Als der Lissabon-Vertrag³ beschlossen wurde, gab Ministerpräsident Tony Blair⁴ offiziell zu Protokoll, dass er sich an alles, was auf dem Gebiet der Verteidigung und Außenpolitik geschieht, nicht gebunden fühlt. Seine Nachfolger haben das »opting out« wiederholt. Der jetzige Ministerpräsident David Cameron hat das noch übertroffen mit der sein Land bindenden Erklärung, künftig keinen Schritt zur weiteren Integration der EU zu unterstützen. Er sieht sich sogar einer überparteilichen Gruppe gegenüber, die den Austritt aus der Europäischen Union (EU) wünscht. Es ist keine Rede mehr davon, dass Großbritannien sich dem Euro anschließt. Das von der EU beschlossene und wiederholt bekräftigte Ziel, dass Europa zu einem handlungsfähigen Pol in der multipolaren Welt wird, ist jedenfalls nicht mit den Briten erreichbar.

Bei den Verhandlungen in Moskau im Februar 1970 hatte mich Gromyko gefragt: »Wann muss man damit rechnen, dass Europa mit einer Stimme spricht?« Darauf habe ich geantwortet: »Wiedervorlage in 20 Jahren, Herr Minister.« »Meinen Sie das ehrlich?« »Ja.« Das hab ich Brandt in Bonn erzählt, und er sagte: »Du bist ein Defätilist.« Er konnte sich gar nicht vorstellen, dass es so lange dauern würde. Jetzt sind nicht 20, sondern 42 Jahre vergangen, und noch niemand kann sagen, wann Europa handlungsfähig sein und mit einer Stimme sprechen wird. Statt dessen steckt Europa in einer tiefen Finanzkrise. Ob sie regelbar wird, um eine Art von Wirtschafts- und Handelskooperation bis 2020 zu schaffen, ist offen.

Was sagen die USA dazu? Als höfliche Leute lachen sie nur hinter verschlossenen Türen. Sie wissen, wie auch der Rest der Welt, dass es nicht lohnt, zu warten, bis Europa seine zu oft zugesagten Hausaufga-

³ Völkerrechtlicher Vertrag zwischen den 27 Mitgliedsländern der EU, der am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet und am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, nachdem Irland durch ein Referendum die Unterzeichnung zunächst blockiert hatte. Der Vertrag reformierte den EU-Vertrag und den »Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft« (EG-Vertrag).

⁴ Tony Blair (geb. 1953) war 1994-2007 Vorsitzender der britischen Labour-Partei, die er zur New Labour Party umbaute, und 1997-2007 Premierminister des Vereinigten Königreiches. Im Juni 2007 wurde er zum Sondergesandten des Nahost-Quartetts ernannt.

ben macht. Amerika macht, was es für richtig hält. Das gleiche gilt für den Rest der Welt. Für die ist Europa eine Lachnummer.

Der Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, hat 1996 ein wichtiges Buch geschrieben: »Amerika, die einzige Weltmacht«. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind seiner Meinung nach die USA als einzige Weltmacht übrig geblieben. Nach dem Blick auf die Konsequenzen für die amerikanische Politik in Asien, den Mittleren und Nahen Osten kommt er auf Westeuropa zu sprechen: Westeuropa ist sicherheitspolitisch ein Protektorat. Niemand hat dagegen protestiert. Praktisch fühlen wir uns als Protektorat.

Ein vereintes Europa in einer multipolaren Welt steht nicht auf der internationalen Tagesordnung. Dabei wäre Europa der einzige Pol ohne territoriale Ambitionen, ohne jemanden zu bedrohen, mit einer beträchtlichen Wirtschaftskraft, einem hohen Lebensstandard und einem immer noch unvergleichlich dichten sozialen Netz. Dieser European Way of Life könnte ein attraktives Modell für andere sein.

Das erfordert eine Emanzipation von Amerika.⁵ Wie jeder junge Mensch, der volljährig wird, sich von seinen Eltern emanzipiert, ohne deshalb zum Feind seiner Eltern zu werden, gilt das auch für Amerika. Es gibt eben unterschiedliche Interessen zwischen einer Weltmacht und Europa, eingeschlossen Deutschland. Das wird die wirtschaftlichen Verflechtungen nicht stören, die zwischen Amerika und Europa enger sind als zwischen anderen Kontinenten. Das wird auch nicht einen handlungsfähigen Kern verhindern, zu dem Frankreich und Deutschland und in überschaubarer Zeit auch Polen gehören werden.

Alle, die willens und fähig sind, sich zu beteiligen, wären willkommen.

⁵ Siehe hierzu das Interview von Alexander Cammann und Thymian Bussemer mit Egon Bahr im Anhang, Seite 182ff.

Die Europäische Chance

Europa war einmal die Region mit der größten Ansammlung von Waffen und Rüstungsproduktionen, überwölbt von einem atomaren Schirm, den Washington und Moskau aufgespannt und bis heute aufrecht erhalten haben. Daraus ist ein Gebiet geworden mit einer militärischen Struktur, die niemanden bedroht.

Anders gesagt: Europa ist unwichtiger geworden. Für unseren Kontinent gilt im übertragenen Sinne der Satz: wohl dem Land, das keine Helden braucht. Gleichzeitig sind Amerika und Russland schwächer geworden. Es geht gar nicht anders: Sie müssen sich den Regionen in Asien zuwenden, in denen es die größte Ansammlung von Problemen gibt und wo jedes Land so viel rüstet, wie es sich finanziell leisten kann – ohne begrenzende Abmachungen zur Rüstungskontrolle, ohne vertrauensbildende Maßnahmen. Vom Nahen und Mittleren Osten, über Afghanistan, Indien, China, Nordkorea und Japan erstreckt sich eine Region mit vielen potenziell explosiven Problemen. Wenn die beiden Großen sich dem zuwenden müssen, liegt es in ihrem gemeinsamen Interesse, in ihrem Rücken Sicherheit und Stabilität garantiert zu wissen.

Barack Obama kam geschichtlich zur richtigen Zeit mit seiner Erkenntnis, dass Amerika die Politik der Konfrontation zu Moskau abbauen muss, die es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat. Er will sie durch eine Politik der Kooperation ersetzen und hat damit viele Baustellen gleichzeitig eröffnet. Zahlreiche in Jahrzehnten geschaffene Probleme konnten in der relativ kurzen Zeit seiner Amtsführung gar nicht gelöst werden. Der einzige Punkt, in dem er bisher einen Erfolg erzielen konnte, ist die Reduktion strategischer Atomwaffen um ein Drittel, die er mit Medwedew⁶ verabredet hat. Das entspricht auch dem russischen Interesse an garantierter Stabilität in Europa, die nicht ohne Russland unter Mitwirkung Amerikas erreichbar ist. Die Idee des Europäischen Hauses ist nicht neu. Aber sie bleibt nicht nur unvoll-

⁶ Dimitri Anatoljewitsch Medwedew (geb. 1965) ist seit 2008 Präsident Russlands, vorher 1. Stellvertretender Ministerpräsident unter Wladimir Putin. Am 24. September 2011 schlug Medwedew auf dem Parteitag der Kreml-Partei »Einiges Russland« Putin als seinen Nachfolger für die Präsidentschaftswahlen 2012 vor. Medwedew ist zudem Vorsitzender beim Gaskonzern Gazprom.

endet, sondern ist gefährdet, solange die Pläne einer Raketenabwehr nicht einvernehmlich geregelt sind. Das betrifft nicht nur Polen und Tschechien, sondern auch Rumänien und Bulgarien. Gegenwärtig vermitteln die Republikaner in den USA den Eindruck, als sei es ihr ausschließliches Ziel, die Wiederwahl Obamas zu verhindern. Wenn aber keine kooperative Regelung erreicht wird, fällt Europa zurück in den Zustand der Konfrontation.

Das würde eine neue Rüstungsspirale, auch für Polen, auch für Deutschland auslösen, die alles zerstören könnte, was die Entspannung geschaffen hat. Dann müsste nicht nur Europa beginnen, neu nachzudenken.

»Wandel durch Annäherung« – noch aktuell?

Vor kurzem bekam ich eine Einladung nach Taiwan, mit der Bitte, dort über »Wandel durch Annäherung« zu referieren. Das hat mich insofern nicht überrascht, als Taiwan in jahrzehntelanger Konfrontation mit China bisher keine Lösung gefunden hat, welchen rechtlichen Status die Insel haben soll: eigenständig oder unter der Hoheitsgewalt der Republik China. Der Taiwan-Konflikt ist nur ein Beispiel dafür, dass Kooperation der einzige zukunftsfähige Weg ist.

Alle erkennbaren Probleme, denen sich die Welt gegenüber sieht, sind nicht militärisch lösbar. Sie reichen vom Erhalt unserer Umwelt, der Knappheit an Wasser, der Bevölkerungsexplosion bis zur Klimaerwärmung.

»Wandel durch Annäherung« war das ungewöhnlich erfolgreiche Rezept für Europa. Die Frage, wie weit es noch gültig und anwendbar ist, liegt nahe.

Ihr inhaltlicher Hintergrund war die Überzeugung Willy Brandts: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts«. Die Formel »Wandel durch Annäherung« war die *Methodik*, sich dem zuzuwenden, von dem ich etwas will oder den ich brauche, um etwas zu erreichen. Die Voraussetzung war, dass wir auf der anderen Seite Interesse und Bereitschaft finden oder wecken können, gemeinsame Lösungen zu suchen.

Das kann man heute in Europa voraussetzen. Auf den Rest der Welt ist das Rezept nicht automatisch übertragbar.

Es beginnt bei den Menschenrechten. Wir wussten, wie es in der Sowjetunion mit ihnen bestellt war, und haben über ihre unterschiedlichen Wertungen nicht gesprochen, sondern im Einzelfall versucht, Menschen zu helfen. Das erforderte auch, zur Schonung der anderen Seite keine Erfolgsfanfaren zu blasen. So konnte geholfen werden und sogar der gefährdete Solschenizyn⁷ das Land verlassen. Bemühungen um Sacharow wurden in dem Augenblick gestoppt, als Präsident Carter verkündete, er werde sich des Falles persönlich annehmen. Bekanntlich hat ihn erst Gorbatschow aus der Verbannung entlassen. Große Mächte haben nun mal die Eigenschaft, sich öffentlich nicht provozieren zu lassen. Wenn ich ihr Prestige verletze, kann es sogar sein, dass das, was nutzen soll, zum Schaden des Verfolgten wird.

Das erinnert an den bekannten chinesischen Künstler Ai Weiwei⁸ – zu den weltweiten Protesten gegen seine Behandlung hat China geschwiegen.

Meine Erfahrung ist: Bitte keine Politik des Exports von Demokratie und unseren anderen Werten. Ich habe dankbar registriert, dass kein Kommunist je versucht hat, mich zu bekehren. Ich habe das auch unterlassen. Zu dem Wort des Alten Fritz,⁹ jeder solle nach seiner Fasson selig werden, gehört der Respekt vor anderen Kulturen, anderen Religionen und anderen Traditionen. Das gilt übrigens auch gegenüber unerbetenen Ratschlägen, wie die Länder Nordafrikas mit ihrem Islam umgehen. Die Hoffnung auf eine friedliche Welt verlangt neben dem

⁷ Alexander Issajewitsch Solschenizyn (1918-2008), russischer Schriftsteller, Dramatiker und Träger des Nobelpreises für Literatur. Sein Hauptwerk »Der Archipel Gulag« beschreibt die Verbrechen des stalinistischen Regimes bei der Verbannung und Ermordung von Millionen von Menschen im Gulag.

⁸ Ai Weiwei (geb. 1957), chinesischer Konzeptkünstler, Bildhauer und Kurator. Nach regimekritischen Äußerungen im Rahmen der Proteste in China 2011 war er zunächst für zwei Monate an einem unbekannten Ort in Haft, wurde auf Kaution freigelassen und sollte dann 1,7 Millionen Euro Steuern nachzahlen, die er angeblich hinterzogen hatte. Das Geld kam durch private Spender zusammen, nun bezeichneten ihn die chinesischen Behörden der Pornografie.

⁹ Friedrich II. (1712-1786) wurde Friedrich der Große bzw. Alter Fritz im Volksmund genannt, er war ab 1740 König in und ab 1772 König von Preußen.

Stolz auf den eigenen Weg die Demut gegenüber allen, die eine andere politische Struktur und einen anderen Weg gehen wollen.

Mein persönlicher Ausblick

Die Welt wäre einfach, wenn die Erfahrungen früherer Generationen vererbt werden könnten. Praktisch musste ich immer wieder lernen, wie schnell Erkenntnisse über das Zusammenleben der Menschen mit ihrer offenbar unveränderbaren Struktur und das Zusammenleben von Staaten verblassen oder sogar verloren gehen. Dagegen zu arbeiten gleicht der Arbeit des Sisyphos, die erfolglos bleibt und dennoch immer wieder versucht wird. Das ist offenbar nicht zu ändern.

Mit etwas Abstand – vielleicht altersbedingt – ist der Segen zu erkennen, dass die nachfolgenden Generationen es anders und besser machen wollen. Ohne sie gäbe es keinen Fortschritt. Sie lassen sich glücklicherweise nicht beirren von Bedenkenträgern und verstaubten Traditionen. Schließlich tragen sie die Verantwortung für ihre Welt, in der die heutigen weisen Alten nicht mehr leben. Das bestimmt mein Verhältnis zu den Jungen. Sie sollten mehr Mut zu Neuem, Revolutionärem, Systemänderungen und weltumfassender Sicht haben. Die heutigen Mittel dazu hatte meine Generation nicht, als sie jung war.

Aber wir hatten Glück. Denn Glück gehörte dazu, um mit dem Minimum an Selbstbestimmung, das es während der Naziherrschaft und im Krieg gab, zu überleben. Glück gehörte dazu, dass unser geteiltes Volk ohne blutige Konflikte seine Einheit erreichen konnte.

Nachdem wir in der Völkerfamilie nun zum Subjekt geworden sind, das verantwortlich für sein Schicksal handeln kann, sollten wir unsere Selbstbestimmung vollenden, indem wir auf einen Zustand hinwirken, in dem Europa, zusammen mit Russland und unter der Mitwirkung Amerikas, zu einem unverwechselbar attraktiven Kontinent des stabilen Friedens in der interpolaren Welt wird.

Das ist mein Traum. Seit ich erlebt habe, dass ein Traum verwirklicht werden kann, bin ich überzeugt, dass wir das können, wenn wir wollen. Und Glück haben.



»Meine Mutter war Halbjüdin – ich hatte eine jüdische Großmutter.«
Egon Bahr in Torgau an der Elbe, wo die Familie zehn Jahre gelebt hatte.



»In Bonn war eine politische Lernzeit zu absolvieren...«

Als Journalist 1952 im Gespräch mit Bundespräsident Theodor Heuß.



»1950 bin ich vom RIAS – Radio im amerikanischen Sektor – abgeworben worden.«

In den 1950er Jahren beim Interview mit Erich Ollenhauer (SPD).



»Die Welt wäre einfach, wenn die Erfahrungen früherer Generationen vererbt werden könnten.« Straßenumbenennung im Geburtsort Treffurt am 15. Juli 2004.